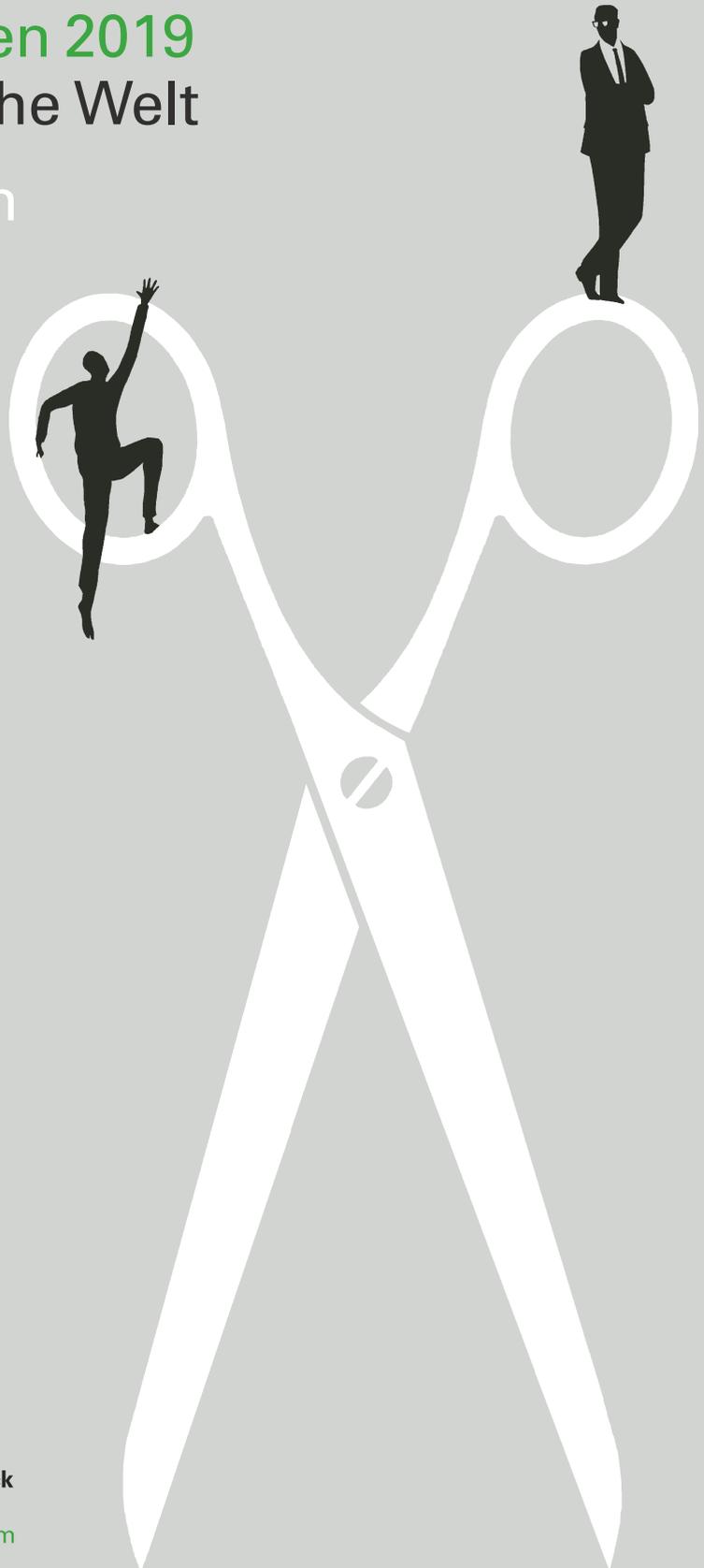


Dialogforen 2019

Arme reiche Welt

Positionen



**Münchener Rück
Stiftung**
Vom Wissen zum
Handeln

Inhalt

- 1 **Vorwort**
- 2 **Uwe Kekeritz**
System in Schiefelage
- 4 **Dr. Sonja Ayeb-Karlsson**
Die Schwächsten trifft es
am stärksten
- 6 **Carolin Silbernagl**
Gut gemeint heißt nicht
immer gut gemacht
- 8 **Dr. Robert Habeck**
Sozialversicherungssystem
in Not
- 10 **Dieter Reiter**
Bauen ja, aber nicht vor
meiner Haustür
- 12 **Kristina Vaillant**
Mann, Frau, Rente —
der große Unterschied
- 14 **Prof. Sophie Wolfrum**
Wohnraum als knappes Gut
- 16 **Dr. Boniface Mabanza**
Kampf gegen die ungleiche
Verteilung
- 18 **Prof. Jörg Baten**
Hat Armut ein Geschlecht?
- 20 **Prof. Jann Lay**
Gute Entwicklung —
Schlechte Entwicklung?
- 22 **Programm**
- 24 **Impressum, Bildnachweis,
Quellen**

Arme reiche Welt

Keine Armut! Weltweit – ohne Ausnahmen und Kompromisse. So lautet das erste Ziel der Vereinten Nationen in der Agenda für nachhaltige Entwicklung 2030. Das zeigt schon die große Relevanz von Armutsbekämpfung in der globalen Entwicklung. In den Medien bestimmen aber eher Katastrophenmeldungen, Krisen und Hungersnöte – und Fake News – das Bild. Das UN-Ziel scheint somit fast utopisch zu sein, gefühlt wird die Lage immer schlimmer. Zum Beispiel bei der Einkommensschere, die das Weltwirtschaftsforum als große gesellschaftliche Bedrohung beschreibt.

Wo steht der aktuelle Diskurs? Welche Konzepte und Definitionen für Armut gibt es? Und wo liegen schlussendlich die Folgen und Gefahren der ungleichen Verteilung von Wohlstand?

Die Positionen berichten von den wichtigsten Erkenntnissen, die wir bei unserer Dialogforenreihe 2019 gewonnen haben. An fünf Abenden haben Expertinnen und Experten mit Interessierten aus München und der Region diskutiert. Auf dem Podium mit dabei waren renommierte Gäste aus der Politik, unter anderen Dr. Robert Habeck von den Grünen sowie Dieter Reiter, der Oberbürgermeister von München. Auch Verbands- und NGO-Vertreterinnen wie Dr. Christiane Laibach von der Deutschen Investitions- & Entwicklungsgesellschaft und Carolin Silbernagl von der Spendenplattform Betterplace.

In Zeiten großer Dynamik sind Unsicherheit und Wissenslücken besonders gefährlich. Gewinnen Sie hier neue Einblicke. Eine informative Lektüre wünscht Ihnen



Thomas Loster
Münchener Rück Stiftung

System in Schiefelage

In ihrer Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verpflichten sich die Vereinten Nationen, die Armut in jeder Ausprägung und überall auf der Welt zu beenden. Alle Menschen sollen das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard haben. Für Uwe Kekeritz, Bundestagsabgeordneter von Bündnis90/Die Grünen, ist Armut in erster Linie ein Verteilungsproblem: „Wenn wir es nicht schaffen, die Ungleichverteilung zu reduzieren, brauchen wir nicht anfangen, Armut und Hunger zu bekämpfen“, ist der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überzeugt.

„In fast allen Ländern der Welt gibt es eine reiche Bevölkerungsschicht“, pflichtete der Theologe, Philosoph und Experte für Entwicklungspolitik Boniface Mabanza bei. Im Kongo etwa habe in den vergangenen 20 Jahren die Zahl der Millionäre erheblich zugenommen. „Es ist verblüffend, wie eng in der Hauptstadt Kinshasa Reichtum und Armut zusammen liegen.“

Selbst in einem so wohlhabenden Land wie Deutschland leben viele Menschen in Armut. Laut dem Datenreport 2018 der Bundeszentrale für politische Bildung ist fast jedes sechste Kind von Armut bedroht. Das heißt, das Nettoeinkommen der Familie liegt bei weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland. Die Gründe dafür sind vielfältig: Arbeitslosigkeit der Eltern, zu niedrige Entlohnung von gering Qualifizierten oder Teilzeitarbeit bei Alleinerziehenden. Auch Kinderarmut ist ein Problem: Überproportional betroffen sind Familien mit drei oder mehr Kindern sowie viele Haushalte mit Migrationshintergrund.

Kekeritz plädiert für ein gerechteres Wirtschafts- und Sozialsystem, um diese Schiefelage zu beseitigen. Wollte man die Armut global bekämpfen, müsste man bei den Vereinten Nationen auf ein gerechteres Weltfinanzsystem hinwirken. Dagegen sperrt sich allerdings die Gemeinschaft der vornehmlich reichen Industrieländer OECD. Ein zweiter wichtiger Hebel zur Armutsbekämpfung wären faire Wirtschaftsverträge, die ökonomisch schwache Länder stärken und nicht dazu führen, dass lokale Strukturen zerstört werden.

Zuversichtlich stimmt ein Blick nach Asien. „Die Geographie der Armut hat sich verändert“, erklärte Jann Lay vom German Institute of Global and Area Studies. Viele Länder in Südostasien hätten ihre Armut deutlich reduziert, dagegen gebe es in Zentralafrika weiterhin Hotspots der Armut. Das Ziel, die absolute Armut bis 2030 zu überwinden, ist mit Sicherheit herausfordernd. Der Weg dorthin ist steinig, aber machbar.

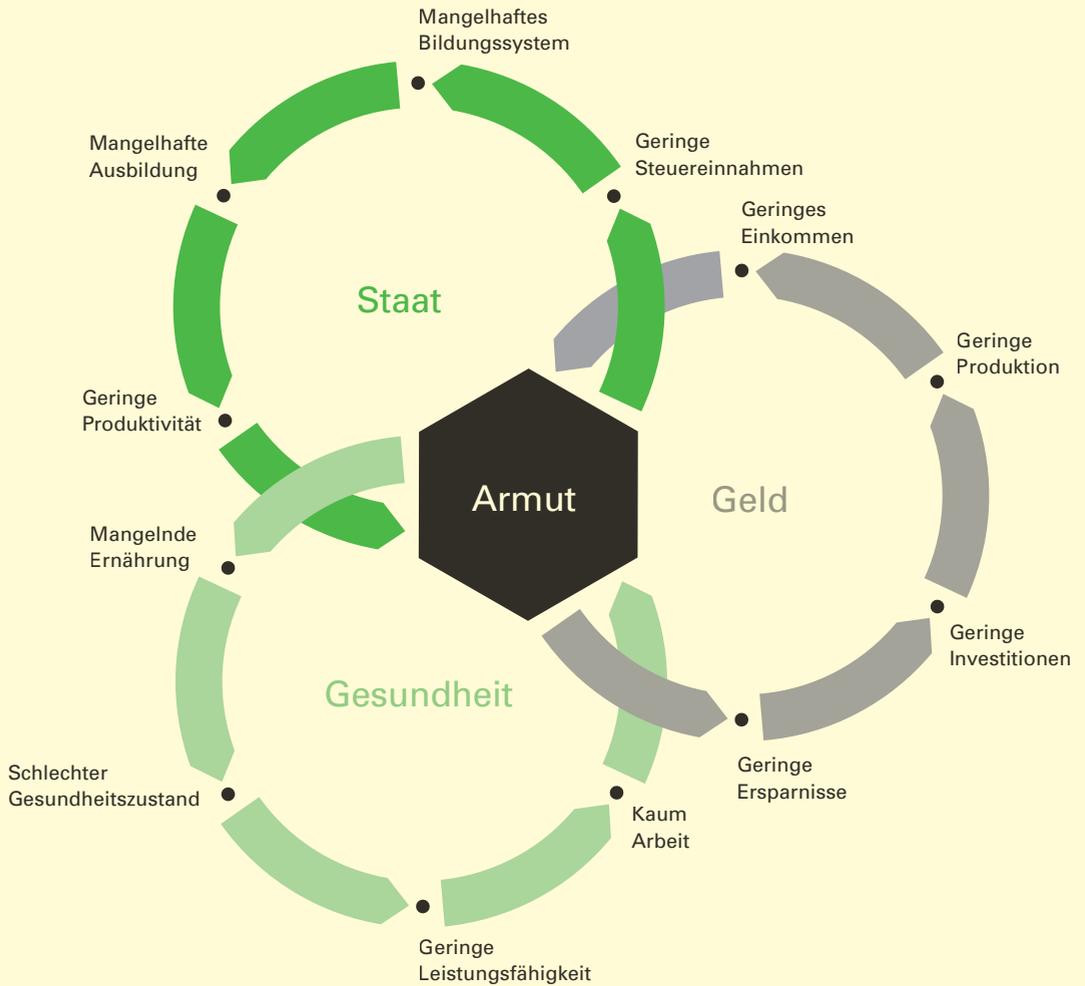


„Es gibt kein globales Armutsproblem, sondern ein Verteilungsproblem.“

Uwe Kekeritz
MdB, stellvertretender Vorsitzender
des Ausschusses für wirtschaftliche
Zusammenarbeit & Entwicklung

Knapp 740 Millionen Menschen leben in extremer Armut. Sie haben pro Tag weniger als 1,90 US-Dollar zum Leben. Oft sind insbesondere Frauen die Leidtragenden. Es gibt viele Faktoren, die extreme Armut verursachen. Sie bedingen sich gegenseitig, verstärken sich untereinander und formen einen Kreislauf.

Teufelskreis der Armut



Armut hat viele Ursachen. Mit der Agenda 2030 soll die extreme Armut beendet werden.

Die Schwächsten trifft es am stärksten

Menschen in Armut sind vielen Risiken ausgesetzt und sind besonders anfällig gegenüber Naturkatastrophen oder Epidemien. Das gilt überall auf der Welt, wie Hurrikan Kathrina gezeigt hat. Er war 2005 über den Südosten der USA gezogen, hatte die Stadt New Orleans unter Wasser gesetzt, etwa 1.000 Menschen getötet und vor allem die arme Bevölkerung getroffen.

In vielen Entwicklungsländern leiden besonders häufig Frauen unter Armut, erläuterte Sonja Ayeb-Karlsson von der University of Sussex. In Bangladesch etwa sterben sie wesentlich häufiger als Männer bei Naturkatastrophen. Und der Klimawandel wird das Problem verschärfen. „Im Jahr 2017 haben mehr als 150 Millionen Menschen unter Hitzewellen gelitten, Milliarden von Arbeitsstunden gingen verloren, was sich in der Landwirtschaft durch geringere Erträge zeigte. Damit ihre Kinder nicht hungern, verzichteten Frauen häufig auf Essen, was sie wiederum schwächt“, gab Ayeb-Karlsson zu bedenken. In dieser schwierigen Lage würden die Menschen häufig ihre Hoffnungen auf Migration setzen. Leider meist ohne Erfolg. „In den Städten verdienen sie zwar mehr Geld als auf dem Land, müssen aber gefährliche Arbeiten verrichten, werden krank und benötigen Medikamente“, so die Forscherin. So sind sie am Ende ärmer als zuvor.

Auch Kleinbauern in den Entwicklungsländern werden vom Klimawandel hart getroffen. Das verstärkt die Armut gerade in ländlichen Gebieten deutlich. „Dort lebt nach wie vor die große Mehrheit der armen und von Nahrungsmittelunsicherheit betroffenen Menschen“, machte Regina Birner von der Universität Hohenheim klar. Die meisten Kleinbauern erhalten keine Unterstützung und sind so ungeschützt den

Klimarisiken ausgesetzt. Um ihnen zu helfen, seien Investitionen in Infrastruktur wie etwa Beregnungsanlagen oder innovative Versicherungslösungen dringend nötig.

Dass ohne Wachstum jegliche Armutsbekämpfung schwierig ist, war Konsens unter den Experten. Allerdings müsse das Wachstum nachhaltig und ressourcenschonend sein und alle Schichten der Bevölkerung erreichen, forderte der Volkswirt António Carlos Fernandes Teixeira von der EU-Kommission. „Die Globalisierung hat gezeigt, dass der Wohlstand an bestimmten Gruppen völlig vorbeigegangen ist. Sie hat in vielen Fällen sogar zu einem sozialen Abstieg geführt.“



„Der Klimawandel tötet Menschen unterschiedlich.“

Dr. Sonja Ayeb-Karlsson
Lecturer Global Health, University of Sussex;
Senior Researcher, UNU-EHS

„Poverty Traps —
When risk keeps you poor and
poverty keeps you at risk“
21. Februar 2019

Betroffen vom Klimawandel

Die Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen ist eine Frage der Gerechtigkeit. Denn er trifft vor allem Menschen in Entwicklungsländern, die am wenigsten zur Verursachung der Klimaveränderungen beigetragen haben. Doch gerade den Ärmsten fehlt es an Infrastruktur, Knowhow und Mitteln, um sich den veränderten Bedingungen anpassen zu können.



98% in Entwicklungsländern
2% in Industrieländern

Von Klimakatastrophen betroffene
Menschen leben überwiegend in
Entwicklungsländern.

Gut gemeint heißt nicht immer gut gemacht

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen (NGOs) haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Armut in Entwicklungsländern zu bekämpfen. Nicht immer läuft die Arbeit vor Ort reibungslos. „Die Ownership für die Programme muss klar bei den Menschen vor Ort liegen. Sonst verpuffen die positiven Effekte, sobald die NGOs das Land wieder verlassen“, zeigte sich Sonja Ayebe-Karlsson von der University of Sussex besorgt. Außerdem müssten die Menschen öfter und stärker eingebunden werden. Etwa bei der Frage, wie sie selbst Notfallpläne für Naturkatastrophen beurteilen. Keine gute Idee sei es zudem, die Menschen in den Entwicklungsländern einfach nur als Empfänger von Hilfsleistungen anzusehen, ergänzte Regina Birner von der Universität Hohenheim. „Das unterminiert den Aufbau von Finanzinstitutionen im Land und behindert die Entwicklung.“

Auch Carolin Silbernagl von der Organisation betterplace.org sieht manche gute Tat eher kritisch. Etwa wenn Unternehmen sich einerseits philanthropisch engagieren, andererseits aber ausgeklügelte Strategien zur Steuervermeidung entwickeln. „Es wäre wichtig, sich öfter die Frage zu stellen, wie unternehmerisches Handeln in unserer Welt weniger Schaden anrichtet“, forderte sie. Allein 2018 hätten Unternehmen über 9,5 Milliarden Euro gespendet, Privatpersonen hätten etwa noch einmal so viel beigesteuert. Bei diesen Summen sollte man darüber nachdenken, wo der einzelne Euro die stärkste Wirkung entfaltet. Auch Silbernagl befürchtet, dass soziale Entwicklungshilfe die Entwicklung eines Landes unterhöhlen kann. „Jede Einmischung von außen verändert etwas im System. Man muss die Nebenwirkungen beachten.“

„Wir sollten systematischer ergründen, wie man Strukturen vor Ort günstig beeinflussen kann und nicht nur auf die Effektivität von Hilfen schauen“, ergänzte Jann Lay vom GIGA German Institute of Global and Area Studies. Nachhaltige Lösungen, zum Beispiel im Gesundheitssystem, könne man nicht erreichen, indem man einfach nur Entwurmungstabletten verteilt. „Es geht darum sicherzustellen, dass die Menschen ohne Intervention von außen in der Lage sind, sich selbst zu helfen.“ Doch ohne funktionierendem Staat mit festen Rahmenbedingungen und Regeln könnten unternehmerische Privatinitiativen nicht gedeihen.

Ein anderes Problem ist, dass es in vielen Ländern häufig an lohnenden Objekten für Investitionen mangelt und die Zinsen, die Kleinstunternehmen zahlen müssen, sich in astronomischen Höhen bewegen. Gutes Tun und wirklich gutes Bewirken – dafür braucht es in der Entwicklungszusammenarbeit viel Knowhow.

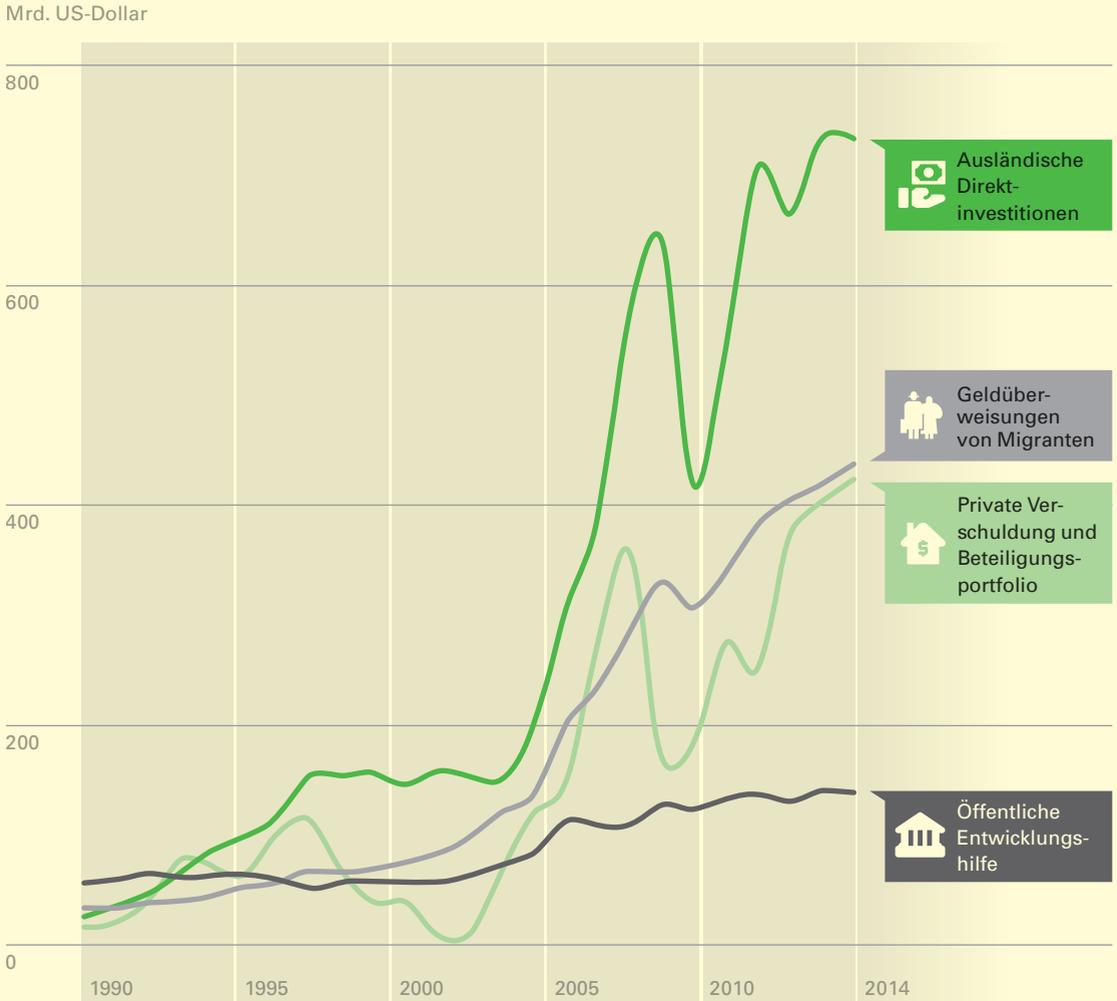


„Entwicklungshilfe kann die Entwicklung eines Landes unterhöhlen.“

Carolin Silbernagl
Vorstand von betterplace.org

Private Investitionen auf dem Vormarsch

Die Bedeutung der öffentlichen Entwicklungshilfe hat in den vergangenen Jahrzehnten vor allem zugunsten von Direktinvestitionen abgenommen. Viele dieser privaten Direkthilfen basieren auf dem Konzept der öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP). Stabile politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie ein funktionierendes Staatswesen sind entscheidende Faktoren, damit die Hilfe nicht verpufft.



Mittelzufluss in Entwicklungsländern
nach Quelle (1990–2014)
in Milliarden US-Dollar

Sozialversicherungssystem in Not

Der Aufbau einer staatlich geförderten zusätzlichen Altersvorsorge war ein Kernstück der Rentenreform 2001. Doch die sogenannte Riester-Rente konnte die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen. Hohe Verwaltungskosten und die magere Verzinsung lassen die Renditen schrumpfen, so dass die Sparer kaum etwas davon haben. „Riester ist gescheitert“, lautet deshalb das knappe Urteil des Grünen-Vorsitzenden Robert Habeck. Er plädiert dafür, dass der Staat stattdessen eine kapitalgedeckte Altersvorsorge organisiert, wie es zum Beispiel in Schweden üblich sei. „Ein Staatsfonds, in den alle freiwillig bis zu einer gewissen Summe einzahlen können. Das Geld wird dann sinnvoll angelegt, so entsteht eine breite Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand“, meint der Politiker.

Mit dem Hartz-IV-System ist Habeck ebenfalls nicht zufrieden. „Es gibt jede Menge Aspekte, die wir diskutieren müssen. Sei es die Höhe des Schonvermögens oder die Frage von Sanktionen beziehungsweise von Sanktionsfreiheit“, erklärte er. Statt für Hartz IV tritt Habeck für eine Art Garantiesicherung ein, die Anreize zur Arbeitssuche setzt, anstatt zu bestrafen.

Aber auch Kinder können ein Armutsrisiko in unserer Gesellschaft sein. „Insbesondere Alleinerziehende oder Familien, in der nur ein Partner erwerbstätig ist, sind nicht selten von einer richtigen sozialen Teilhabe abgeschnitten“, verdeutlichte Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter. Schon der Kauf von Schulmaterialien und notwendiger Kleidung – oder kleine Ausflüge – sind oft nicht finanzierbar. Um den Betroffenen zu helfen, würde er ihnen gerne bestimmte Leistungen finanzieren. Doch seien ihm durch das Bundesgesetz zur Regelbedarfsermittlung die Hände gebunden.

„Armut ist kein Problem von bestimmten Risikogruppen, sondern sie geht die ganze Gesellschaft an“, gab die Journalistin und Buchautorin Kristina Vaillant zu bedenken. Weil die gesetzliche Rente für die Mehrheit der Deutschen die wichtigste Stütze der Altersversorgung bleibt, spricht sich Vaillant für einen Umbau des Systems nach niederländischem Vorbild aus. Es besteht im Wesentlichen aus einer Grundrente für alle, einer betrieblichen Zusatzversicherung für Arbeitnehmer und einer Ergänzung durch private Altersvorsorge. „Das Beispiel Niederlande zeigt, dass man ein Rentensystem schaffen kann, das wirklich armutsfest ist“, erklärte sie. „SPD und Grüne haben Vorschläge gemacht, die in die Richtung des niederländischen Modells zeigen“, ergänzte Habeck. Jetzt muss es darum gehen, für neue Konzepte politische Mehrheiten zu finden.

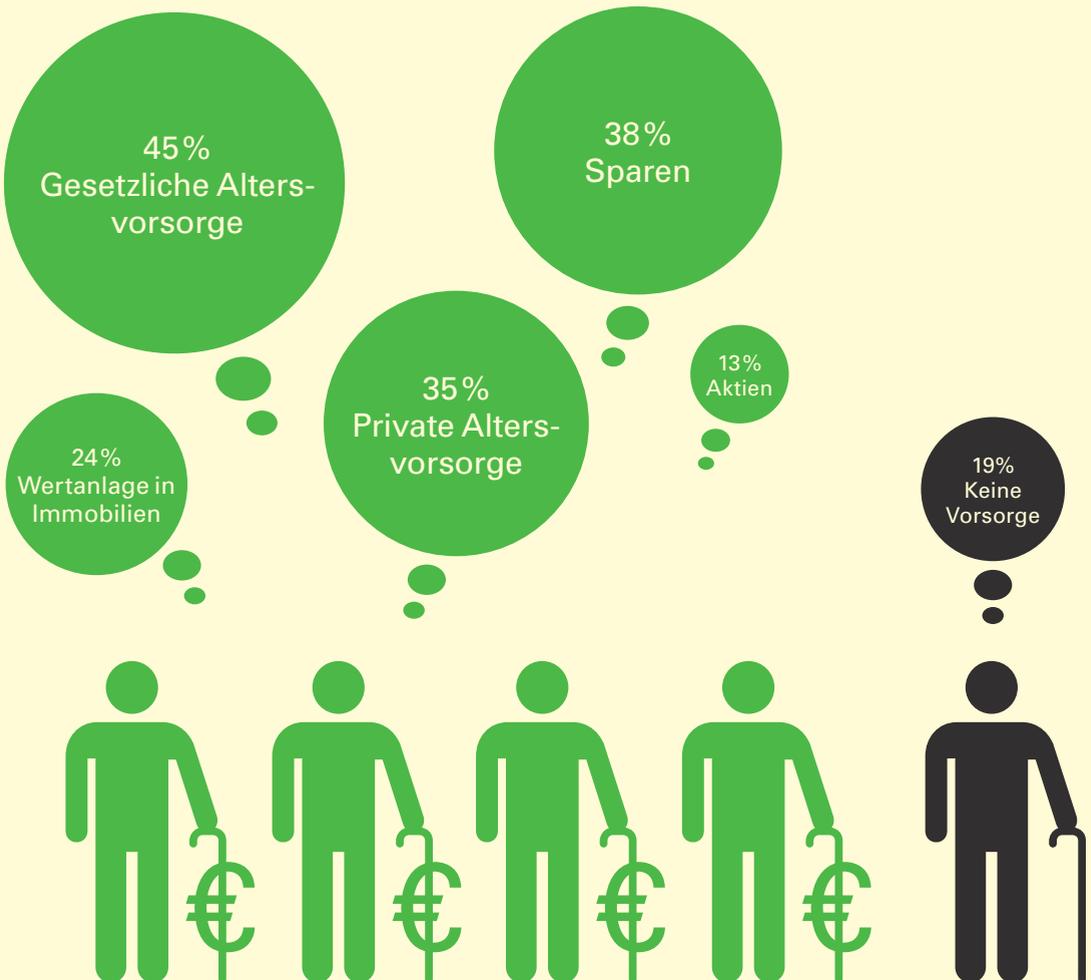


„Riester ist gescheitert. Die kapitalgedeckte Altersvorsorge muss öffentlich organisiert werden.“

Dr. Robert Habeck
Bundesvorsitzender von
Bündnis90/Die Grünen

Laut einer Umfrage des Online-Portals Statista und des Marktforschungsinstituts YouGov sorgt fast jeder fünfte Deutsche nicht für den Ruhestand vor. Ein knappes Drittel der Befragten hat sich demnach bisher gar nicht mit privater Altersvorsorge beschäftigt und hat es auch in naher Zukunft nicht vor.

Jeder Fünfte tappt in die Armutsfalle



Altersvorsorge bei Deutschen ab 18 Jahren (2017),
Mehrfachantworten möglich

Bauen ja, aber nicht vor meiner Haustür

München zählt zu den reichsten Städten Deutschlands – und zu den teuersten. Die Zahl der Menschen, die von Armut betroffen sind und mit weniger als 1.350 Euro monatlich auskommen müssen, steigt von Jahr zu Jahr. Laut Armutsbericht der Stadt München fielen zuletzt rund 269.000 Menschen oder rund ein Sechstel der Bevölkerung unter diese Grenze.

„Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, baut die Stadt so viel wie noch nie. Auch gegen manchen Einspruch der Bevölkerung“, machte Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter deutlich. Bei der Entwicklung neuer Stadtviertel schlägt ihm allerdings regelmäßig harter Widerstand entgegen. Von Anwohnern, die Verkehrsinfarkt, Flächenfraß und Umweltzerstörung befürchten. Und von Landwirten, denen die Entschädigung für ihre Grundstücke zu niedrig ist. Man müsse akzeptieren, dass keine Lösung die Wünsche aller Anspruchsgruppen erfüllen kann, so der OB. Die einen wünschen sich mehr sozialen Wohnungsbau und Verdichtung, die anderen mehr Grün.

„Wo es um existenzielle Lebensbedingungen geht – bei Bodenpreisen, beim Wasser oder der Luft – muss die Politik die Strukturen schaffen, die die schwächeren Menschen in einer Gesellschaft schützen“, forderte Karin Lohr, Geschäftsführerin der Münchener Straßenzeitung BISS. Der Staat müsse sich um das verfassungsmäßig garantierte Grundrecht auf Wohnen kümmern, damit die Gesellschaft nicht auseinanderdrifte. Dass die passenden Stellschrauben dafür vorhanden sind, zeigte die emeritierte Professorin für Städtebau Sophie Wolfrum auf: „Weil Grundstücke 70 Prozent der Kosten beim Neubau ausmachen, sind sie der Dreh- und Angelpunkt für günstigeren Wohnraum.“ Sie zitierte Artikel 161 der Ver-

fassung des Freistaates Bayern, der eine Abschöpfung von Bodenwertsteigerungen für das Allgemeinwohl ermöglicht. Doch die Chance dafür, hier etwas zu bewegen, geht derzeit gegen null.

So bleibt der Stadt München nichts anderes übrig, als dem Wohnungsman- gel mit vorhandenen Instrumenten entgegenzuwirken. Stadtplanerisch setzt sie alles daran, Armutsquartiere wie etwa in Paris oder London zu verhindern. Als Ausgleich für die Gewährung neuen Baurechts müssen daher private Bauträger im Rahmen der sozialgerechten Bodennutzung einen finanziellen Beitrag zur Gesamtbaumaßnahme leisten. „Wir müssen eine gesunde soziale Mischung in den Vierteln aufrechterhalten“, unterstrich OB Reiter. „Sie ist mit ein Grund, dass in München noch keine Gelbwesten auf der Straße sind.“

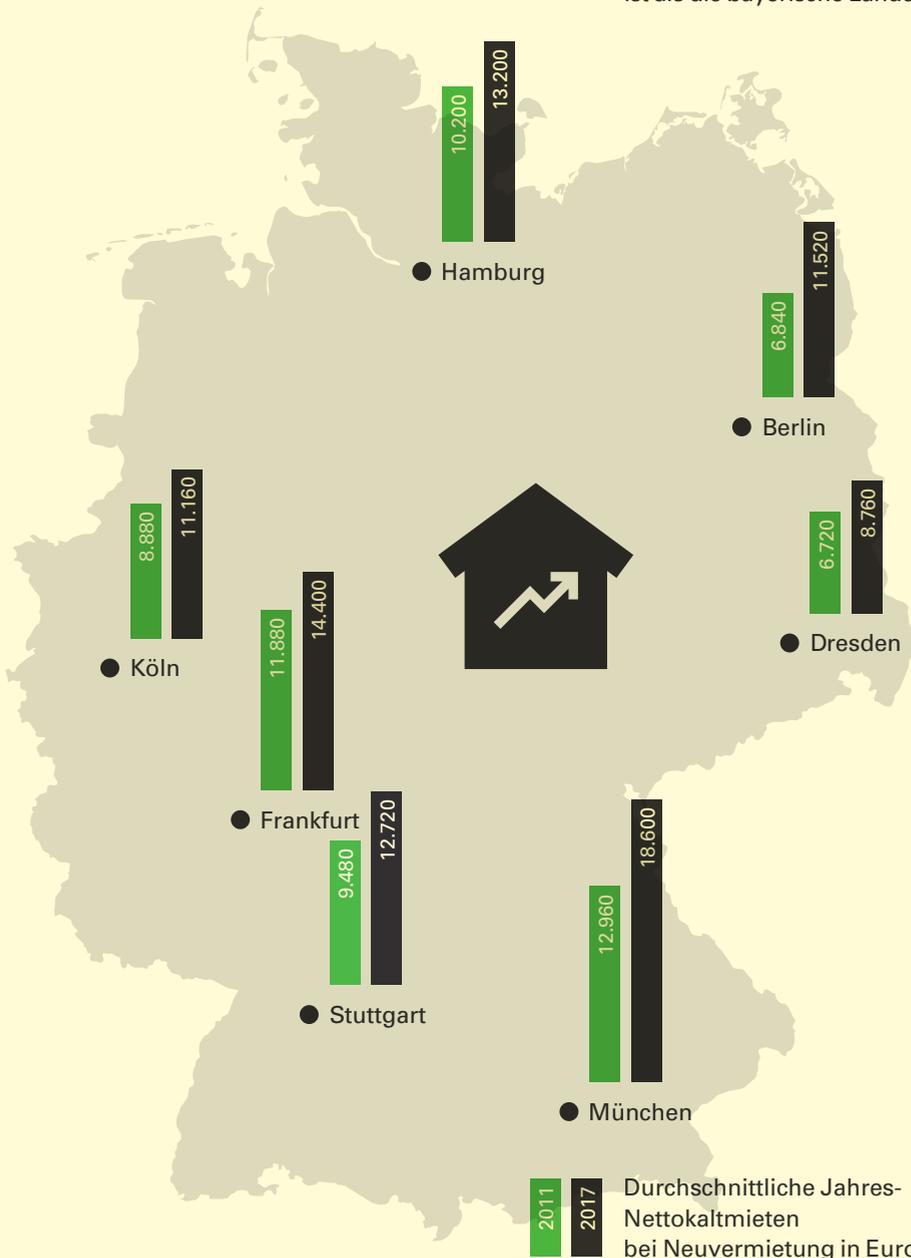


Wir brauchen endlich ein soziales Bodenrecht!“

Dieter Reiter
Oberbürgermeister von München

Knapper Wohnraum treibt die Mieten

In allen deutschen Großstädten müssen Mieter bei Neubezug mehr für ihre Wohnung bezahlen als noch vor wenigen Jahren. Mit einer durchschnittlichen Nettokaltmiete von 18.600 Euro pro Jahr lag München absolut gesehen an der Spitze, wobei der Zuwachs seit 2011 knapp 44 Prozent betrug. Noch stärker (plus 68 Prozent) kletterte die Durchschnittsmiete in Berlin, das aber trotzdem immer noch erschwinglicher ist als die bayerische Landeshauptstadt.



Mann, Frau, Rente — der große Unterschied

Die gesetzliche Rente stellt für die meisten Menschen über 65 Jahren die wichtigste oder sogar einzige Einkommensquelle dar. Doch oft ist der Lebensstandard ohne eigene zusätzliche Vorsorge im Alter nicht zu halten. Frauen sind noch einmal deutlich schlechter gestellt, verdeutlichte die Journalistin und Buchautorin Kristina Vaillant: „Heutige Rentnerinnen bekommen in Deutschland in etwa halb so viel Geld wie ihre Männer.“

Der Gender Pension Gap definiert den relativen Unterschied von Alterssicherungseinkommen zwischen Frauen und Männern. Er liegt in Deutschland laut OECD bei fast 45 Prozent, in Dänemark hingegen bei lediglich 5,2 Prozent. Rückschlüsse darauf, wie viel Geld Frauen tatsächlich im Haushalt zur Verfügung steht, werden hieraus allerdings nicht ersichtlich. Er verdeutlicht aber, wie sehr Frauen im Rentenalter wirtschaftlich abhängig von ihren Männern sind.

Die Folge: Die Altersarmut bei Frauen steigt stetig an. Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen: Frauen über 65 sind mit einem Anteil von 20 Prozent stärker armutsgefährdet als gleichaltrige Männer mit 15 Prozent. Dabei ist die Scheu, zum Sozialamt zu gehen, weit verbreitet. „In München leben 70.000 Menschen im Rentenalter unter der Armutsgrenze von 1.350 Euro pro Monat. Lediglich 15.000 Menschen bekommen Aufstockerleistungen aus der Grundsicherung“, berichtete Oberbürgermeister Dieter Reiter. Er bemängelte, dass die Bundespolitik in Berlin keinen Ansatz zur Lösung des Rentenproblems parat habe.

Vaillant befürchtet, dass sich an dieser Schieflage nicht viel ändern wird.

„Viele der heute beschäftigten Frauen haben häufig nur atypische Beschäftigungsverhältnisse wie etwa befristete Verträge und verdienen weniger als Männer.“ Auch sie kritisiert, dass die Politik die Verantwortung für Armut dem Individuum aufbürde. Die Gesellschaft muss die Arbeit von Frauen künftig mehr wertschätzen.

Dass es generell immer schwieriger wird, den sozialen Aufstieg aus eigener Kraft zu schaffen, meinte Karin Lohr, Geschäftsführerin der Straßenzeitung BISS: „Das früher gültige Versprechen, dass sich jeder ein besseres Leben erarbeiten kann, gilt heute nicht mehr. Das darf nicht sein.“ Wer schon in der aktiven Berufszeit Schwierigkeiten hat mitzuhalten, dem fällt die angemessene gesellschaftliche Teilhabe im Ruhestand erst recht schwer.

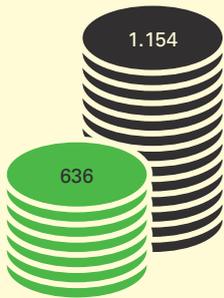


„In keinem anderen Land
der EU ist der Gender
Pension Gap so groß wie
in Deutschland.“

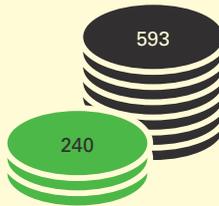
Kristina Vaillant
Journalistin und Buchautorin

Frauen erhalten weniger Rente

Frauen in Deutschland erhalten im Alter wesentlich niedrigere Leistungen als Männer. Am größten ist der Gender Pension Gap in der betrieblichen Altersversorgung mit knapp 60 Prozent. Bei der Beamtenversorgung bekommen Frauen im Schnitt knapp 18 Prozent weniger Pension als Männer. Allerdings beziehen nur zwei Prozent der Frauen ab 65 Jahren eine eigene Beamtenpension gegenüber zehn Prozent bei den Männern. Insgesamt liegt der summarische Gender Pension Gap bei 53 Prozent.



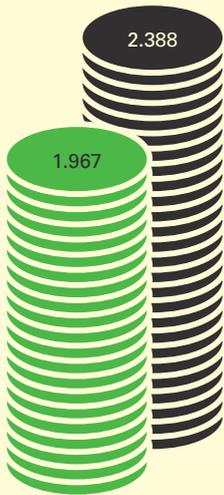
Gesetzlich



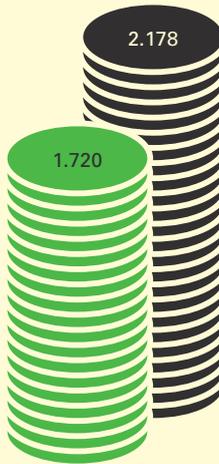
Betrieblich



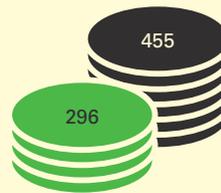
Landwirtschaftlich



Beamte



Berufsständisch



Privat



Nettorente bei Frauen und Männern
in verschiedenen Systemen
der Alterssicherung in Deutschland
in Euro (2015)

Wohnraum als knappes Gut

Europa gehört zu den wenigen Regionen in der Welt, in der die meisten Ballungsräume über sozial ausgewogene Wohnbedingungen verfügen. „Daran kann man sehen, welche Bedeutung der soziale Wohnungsbau für eine sozialverträgliche Stadtentwicklung hat“, meinte die Stadtexpertin Sophie Wolfrum. Als Negativbeispiel führte sie die brasilianische Metropole São Paulo an, in der arme und reiche Wohnviertel direkt aneinandergrenzen. Sie sind oft nur durch eine Mauer voneinander getrennt. „In München gibt es zum Glück keine Viertel, in die man aus Sicherheitsgründen nicht hineingehen kann. Und das soll so bleiben“, forderte sie. Wien gilt mit seinem Modell des stark geförderten Wohnungsbaus als internationales Vorbild. Dort lebt fast die Hälfte der Bewohner in einer Gemeinde- oder Genossenschaftswohnung – mit entsprechend günstigen Mieten.

Dagegen lassen sich die Versäumnisse, die in vielen Städten Deutschlands über Jahrzehnte im sozialen Wohnungsbau stattgefunden haben, nicht so leicht korrigieren. „Die Probleme am Wohnungsmarkt kann man nicht individuell lösen“, ist Karin Lohr, die Geschäftsführerin der Münchener Straßenzzeitung BISS, überzeugt. Jeder sollte aber versuchen, im Rahmen seiner Möglichkeiten etwas dazu beizutragen.

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter empfiehlt: „Jeder sollte darüber nachdenken, ob er seinen gesamten Wohnraum braucht oder ihn etwa teilweise Studenten zur Verfügung stellen kann.“ Viele ältere Menschen leben nämlich alleine in zu großen Wohnungen. Es gibt zwar eine städtische Plattform für den Wohnungstausch, aber kleinere Wohnungen sind heute genauso teuer wie vor langer Zeit angemietete große. „Und einen alten Baum

verpflanzt man nicht“, gab Reiter zu bedenken. Durch Untervermietung könne Wohnraum aber intelligent genutzt werden. Bei der Frage der Fehlbelegung von Sozialwohnungen sieht der Oberbürgermeister keine einfache Lösung. Zwar würde bezahlbarer Wohnraum geschaffen, wenn Besserverdienende aus den öffentlich geförderten Wohnungen ausziehen müssten. Auf der anderen Seite müssten diese sich eine neue Bleibe suchen. Sie fänden sich dann rasch selbst im System der Wohnungslosen wieder.

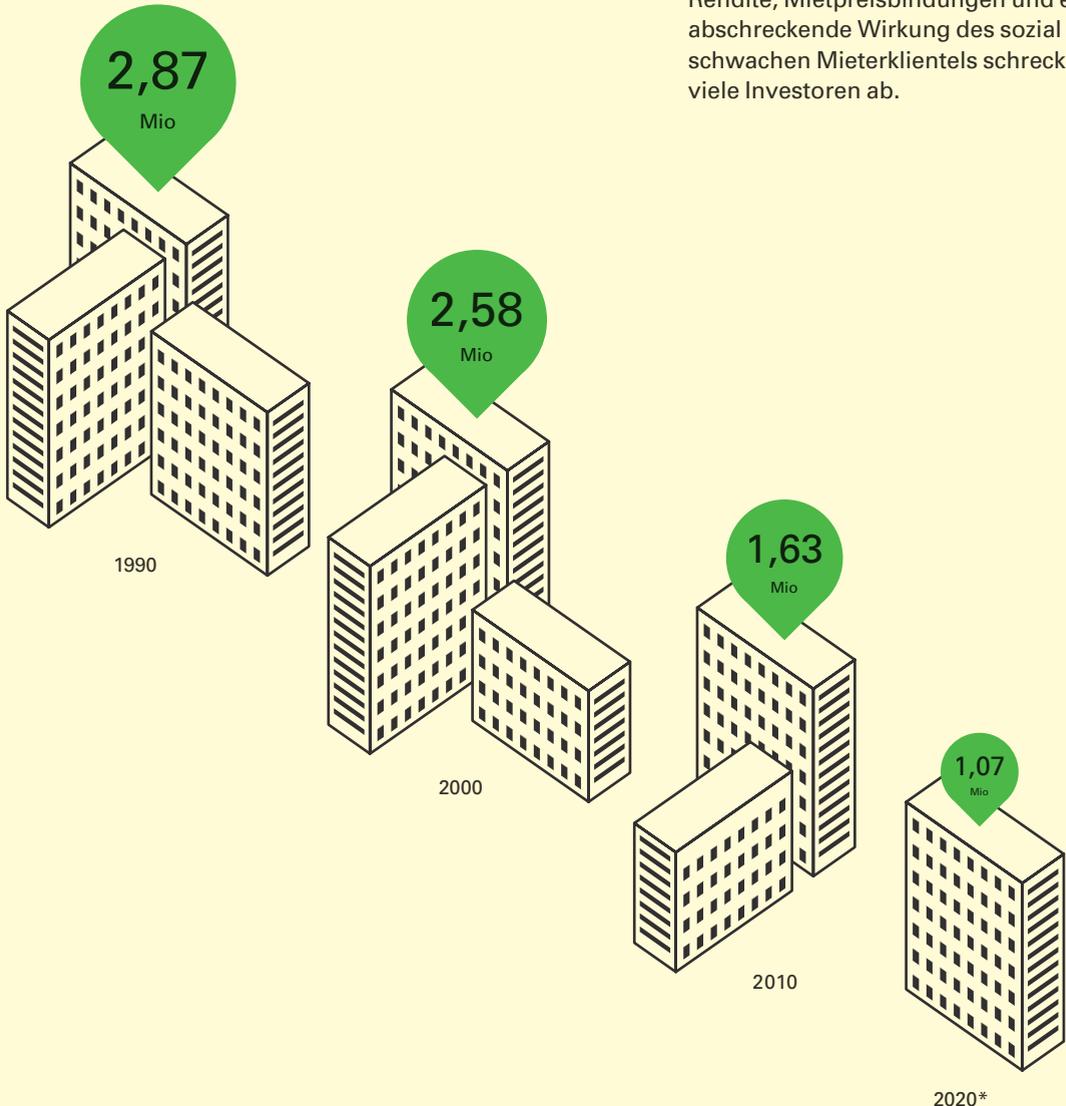
„Ohne Unterstützung aus Berlin in Form von besseren Rahmenbedingungen wird die Kommunalpolitik alleine die Probleme in München nicht lösen können“, ist Reiter überzeugt. Doch das kann dauern. So bleibt nichts anderes übrig, als zu hoffen, dass Bevölkerungsprognosen für München zu hoch gegriffen sind. Bis zum Jahr 2040 wird ein Anstieg von 1,56 auf 1,85 Millionen Einwohner prognostiziert.



„Der soziale Wohnungsbau hat die Städte Europas befriedet.“

Prof. Sophie Wolfrum
Urbanistin und emeritierte Professorin
für Städtebau und Regionalplanung an der
TU München

Stillstand beim sozialen Wohnungsbau



Der Bestand an Sozialwohnungen in Deutschland sinkt seit Jahrzehnten kontinuierlich. 2016 standen nur noch 1,24 Millionen belegungsgebundene Wohnungen zur Verfügung. Nach einer Prognose der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe dürfte die Zahl bis 2020 auf 1,07 Millionen weiter zurückgehen. Die im Vergleich zum frei finanzierten Wohnungsbau geringere Rendite, Mietpreisbindungen und eine abschreckende Wirkung des sozial schwachen Mieterklientels schrecken viele Investoren ab.

Anzahl belegungsgebundener
Sozialwohnungen in Deutschland

*Prognose
Quelle: Statista (2018)

Kampf gegen die ungleiche Verteilung

Knapp 740 Millionen Menschen leben heute weltweit in Armut, wenn man die Definition der Weltbank von weniger als 1,90 Dollar pro Tag verfügbares Einkommen zu Grunde legt. Diese Armut zu reduzieren, muss unser Ziel sein. Das globale Wirtschafts- und Finanzsystem jedoch hat einen ganz anderen Fokus, ist der Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Uwe Kekeritz, überzeugt: „Das System trägt dazu bei, dass sich die Ungleichheit verstärkt.“

„Wir haben es mit einer strukturell organisierten Gier zu tun“, ergänzte der Theologe, Philosoph und Experte für Entwicklungspolitik Boniface Mabanza. Er sprach von einer skandalösen Akkumulation von Reichtum, die eine Minderheit auf Kosten der Mehrheit betreibt. Berechnungen zufolge hat der afrikanische Kontinent zwischen 1980 und 2012 auf illegalem Weg Gelder in Höhe von 1,4 Billionen Dollar verloren. Das ist mehr als im gleichen Zeitraum geflossene Direkt-hilfen und ausländische Investitionen. Seine Empfehlung: „Wir müssen uns die Systemfrage stellen und den Mut aufbringen, die Wirtschaftsordnung, die Armut verursacht, in Frage zu stellen, anstatt an Symptomen herumzudoktern.“

„Wo große Ungleichheit herrscht, steigt die Wahrscheinlichkeit für Armut und Konflikte“, gab Jörg Baten, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Tübingen, zu bedenken. Er sieht vor allem Europa in der Pflicht, weil die ehemaligen Kolonialmächte nach ihrem Abzug eine Menge Probleme hinterlassen haben. Nicht vergessen werden darf zudem die hohe Verschuldung vieler Staaten.

Die Folgen kann man etwa in Sri Lanka sehen, wo sich China im Gegenzug für einen Schuldenerlass die Nutzungsrechte des Hafens Hambanota für die nächsten 99 Jahre gesichert hat.

Bislang haben Anstrengungen zur Armutsbekämpfung, wie sie die Vereinten Nationen in ihren Nachhaltigkeitszielen fordern, nicht in allen Ländern Früchte getragen. „Die Ungleichheit in Entwicklungsländern bleibt ein wichtiges Thema, da sie dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung entgegensteht“, ist der Wirtschaftswissenschaftler António Carlos Fernandes Teixeira überzeugt, auch wenn vor allem in Südostasien bereits Fortschritte erzielt wurden. Verteilungsgerechtigkeit ist und bleibt der Schlüssel im Kampf gegen die Armut. Davon profitieren auch zukünftige Generationen.

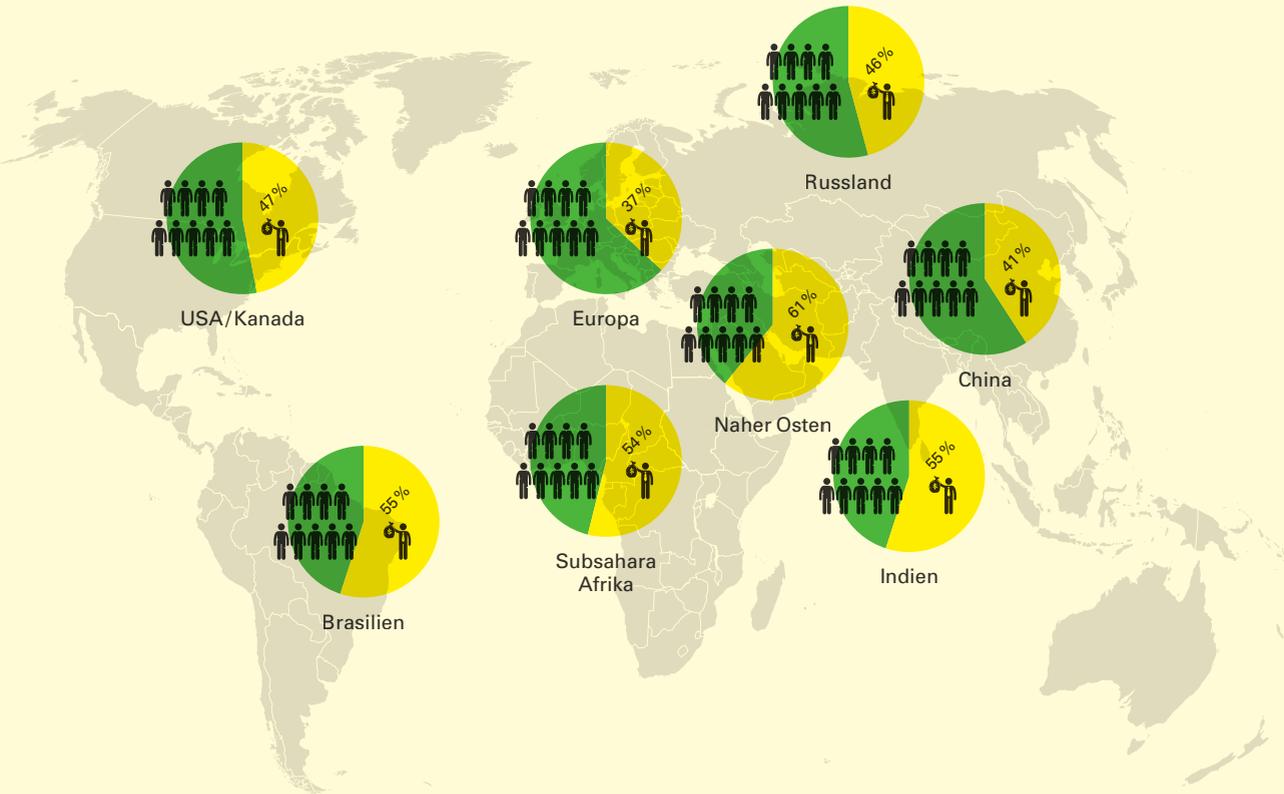


„Wir haben es mit einer strukturell organisierten Gier zu tun.“

Dr. Boniface Mabanza
Experte für Entwicklungspolitik,
Theologe und Philosoph

Wie ist das Einkommen verteilt?

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Einkommensschere in fast allen Ländern immer weiter auseinandergegangen, wenn auch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Im Jahr 2016 war die Einkommensungleichheit so hoch wie nie zuvor, allerdings variiert sie erheblich zwischen den Weltregionen. So vereinten 2016 die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher in Europa 37 Prozent des Nationaleinkommens auf sich, im Nahen Osten waren es dagegen 61 Prozent.



Verteilung des Gesamteinkommens (2016)

- Einkommen der reichsten 10% der Bevölkerung
- Einkommen der restlichen Bevölkerung

Hat Armut ein Geschlecht?

Ungleichheit besteht nicht nur zwischen reich und arm, sie existiert auch zwischen den Geschlechtern. Frauen übernehmen vorrangig die Kindererziehung, die unbezahlte Pflege von älteren und kranken Menschen sowie den Haushalt. Dadurch fehlt es ihnen oft an Zeit, um Geld zu verdienen, sich weiter zu qualifizieren oder ihre eigenen Interessen zu vertreten.

In einigen Ländern ist Armut bei Frauen aber nicht nur eine Frage des Einkommens. Sie ist auch oft die Ursache für und Folge von schlechter Gesundheit oder mangelnder Bildung. Ein Schlüssel dazu, die Armut unter den Frauen zu verringern, ist die numerische Bildung. „Es ist wichtig, dass Frauen mit Zahlen umgehen können und sie diese Fähigkeit an ihre Kinder weitergeben“, erklärte Jörg Baten, Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Tübingen. Nur so könnten sie wirtschaftlich aktiv werden und beispielsweise das Haushaltsbudget kalkulieren. Die Forschungen von Baten haben gezeigt, dass Länder mit wenig numerischer Bildung für Frauen es schwerer haben, das Armutproblem zu lösen.

Ein Land mit vergleichbar hohem Bildungsniveau bei Frauen ist Botswana. Das ist laut Baten eine der Ursachen, warum das Land in den vergangenen Jahrzehnten so stark wie kein anderes auf der Welt gewachsen ist. „Botswana hat funktionierende Institutionen, wenig Korruption. Und das Land hat es geschafft, vernünftig mit seinem Rohstoffreichtum umzugehen“, ergänzte der Grünen-Bundestagsabgeordnete Uwe Kekeritz.

Dass man den herkömmlichen Bildungsbegriff relativieren muss, darauf machte der Theologe und Philosoph Boniface Mabanza aufmerksam. „Viele Staatsoberhäupter und Minister – etwa

in Kenia – haben im Ausland eine gute Ausbildung genossen. Sind sie deshalb gebildet?“ fragte er. Nach traditioneller kenianischer Sichtweise nicht. „Denn nach dieser Definition umfasst Bildung die Entwicklung der Fähigkeit, sich in den Dienst der Gesellschaft zu stellen.“ Deshalb müsse man sich immer die Frage stellen, was für eine Art von Bildung angeboten wird und für wen. Das Bildungsangebot muss die lokalen Kulturen berücksichtigen sowie Umwelt und Mitmenschen respektieren. „An vielen Orten passiert das noch nicht“, so das Fazit von Mabanza.

Bildung ist ein wichtiges wirtschafts- und sozialpolitisches Steuerungsinstrument. Um die Situation gerade der oft benachteiligten Frauen zu verbessern, muss man den Hebel bei den Machtstrukturen ansetzen und Bildungschancen eröffnen. Letztendlich profitiert die gesamte Gesellschaft davon, wenn Frauen mehr Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen erlangen.

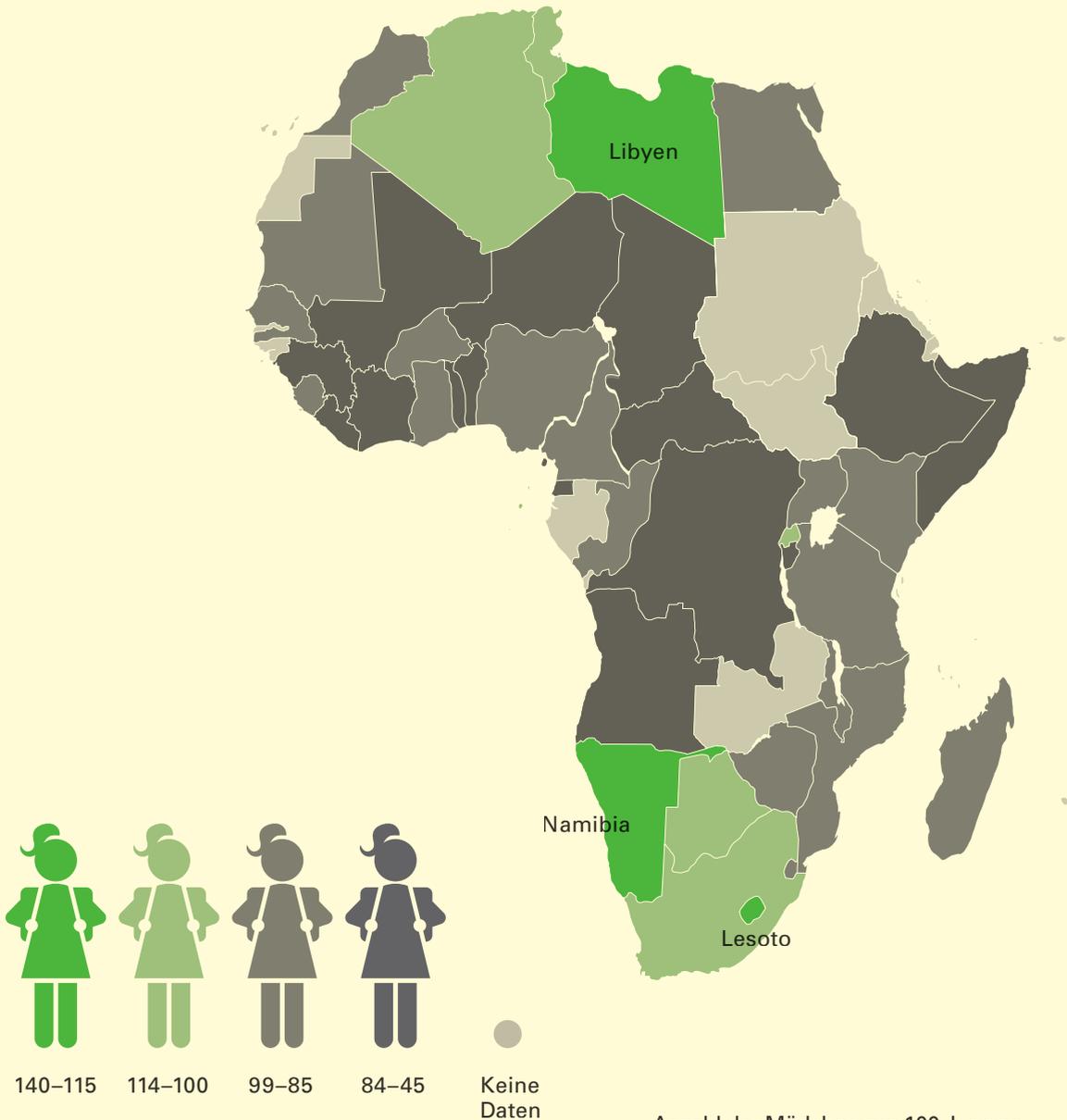


„Numerische Bildung für Frauen ist ein wichtiger Schlüssel.“

Prof. Jörg Baten
Professor für Wirtschaftsgeschichte
an der Universität Tübingen

Mädchen im Nachteil

Laut den Vereinten Nationen ist eine Gleichstellung bei der Bildung erreicht, wenn das Verhältnis von Mädchen zu Jungen bei der Bildungsbeteiligungsquote zwischen 0,97 und 1,03 (97 bis 103 Mädchen pro 100 Jungen) liegt. Davon sind viele Länder Afrikas weit entfernt. Dabei gilt, dass Faktoren wie Armut, Geschlecht und Wohnort diese Unterschiede am meisten beeinflussen.



Anzahl der Mädchen pro 100 Jungen mit Zugang zur Oberstufe (2006 – 2014)

Gute Entwicklung – Schlechte Entwicklung?

Weltweit leiden rund 800 Millionen Menschen an akutem Hunger. Mehr als eine Milliarde ist chronisch mangelernährt. Der Welternährungsorganisation FAO zufolge muss die Agrarproduktion bis 2050 um 70 Prozent zunehmen, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. „Der Großteil der von Nahrungsmittelunsicherheit betroffenen Menschen lebt nach wie vor in ländlichen Gebieten und ist Risiken wie dem Wetter, Schädlingen oder Diebstahl ausgesetzt“, erklärte Regina Birner, die an der Universität Hohenheim lehrt. „Mehr als 70 Prozent der Kleinbauern in Subsahara-Afrika sind so arm, dass sie nicht einmal Tiere halten können. Sie sind auf die Arbeit ihrer Hände angewiesen“, so die Professorin. In guten Jahren können die Menschen gerade so viel ernten, wie sie zum Leben benötigen, in schlechten Jahren müssen sie hungern. Das macht es schwierig, der Armutsfalle zu entkommen.

Ein Weg um den Kleinbauern zu helfen, seien Investitionen in die landwirtschaftliche Infrastruktur sowie in neue Instrumente wie indexbasierte Versicherungen. Große Hoffnungen knüpft Birner an die Digitalisierung. So ist es etwa durch neue Technologien möglich, an kostenfreien Fortbildungen über das Smartphone teilzunehmen. Allerdings müssen Kleinbauern und marginalisierte Gruppen auch Zugang zu den Kursen erhalten. Deswegen stellte das deutsche Entwicklungsministerium für die Initiative „Digitales Afrika“ seit 2015 ganze 150 Millionen Euro für Digital-Projekte in unterschiedlichen Bereichen zur Verfügung.

Doch auch Kleinstunternehmen kommt eine besondere Bedeutung zu, wie Jann Lay vom German Institute of Global and Area Studies hervorhob. „Der Anteil der Selbständigen in den Entwicklungsländern unter Einschluss des Landwirtschaftssektors liegt bei 85 bis 90 Prozent.“ Der Erfolg dieser Kleinstunternehmen sei dabei bislang weniger von technologischen Problemen gehemmt, als von den politischen und sozialen Verhältnissen in den Ländern. Deshalb plädierte er für feste Rahmen und Regeln, damit Privatinitiativen gedeihen können. Auch die FAO sieht in kleinen und mittelständischen Landwirtschaftsbetrieben einen Schlüsselfaktor für die Wirtschaftsentwicklung und Erreichung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung in armen Ländern.

Grundsätzlich sollte man nicht nach dem einen Faktor suchen, der erfolgreiche Entwicklungsarbeit garantiert, mahnte Lay. Denn Entwicklung ist kein linearer Prozess und hängt stark von lokalen Gegebenheiten ab. Eine „Wunderwaffe“ für gute Entwicklung gibt es nicht.



Wenn man versucht, eine Wunderwaffe für gute Entwicklung zu identifizieren, wird man scheitern.“

Prof. Jann Lay
German Institute of
Global and Area Studies

„Poverty Traps —
When risk keeps you poor and
poverty keeps you at risk“
21. Februar 2019

Smart Farming hilft Kleinbauern

Auch Landwirte in Entwicklungsländern können von Digitalisierung und „Smart Farming“ profitieren. In Afrika nutzen bereits viele von ihnen Apps. Die Kosten sind gering, die Effekte – beispielsweise bei den Felderträgen – aber relativ groß. Wissenschaftler erhoffen sich viel von digitalen Tools, die den Landwirten unter klimatisch und ökonomisch schwierigen Bedingungen eine wertvolle Hilfe sein können.



Mit Hilfe von Apps können auch Kleinbauern ihre Erträge signifikant steigern.

Dialogforen 2019

Arme reiche Welt

Programm

Donnerstag
24. Januar 2019
19:00 Uhr

Armut Global — Die Welt in der Armutsfalle?

Prof. Jörg Baten
Professor für Wirtschafts-
geschichte an der
Universität Tübingen

Uwe Kekeritz
MdB, Stellvertretender
Vorsitzender des Ausschuss
für wirtschaftliche Zusam-
menarbeit & Entwicklung

Dr. Boniface Mabanza
Experte für Entwicklungs-
politik, Theologe und
Philosoph

Moderation:

Luisa Seeling
Süddeutsche Zeitung

Donnerstag
21. Februar 2019
19:00 Uhr

Poverty Traps — When risk keeps you poor and poverty keeps you at risk

Prof. Regina Birner
Chair of Social and Institu-
tional Change in Agricultural
Development at the
University of Hohenheim

Dr. Sonja Ayeb-Karlsson
Lecturer Global Health,
University of Sussex;
Senior Researcher,
UNU-EHS

**Dr. António Carlos
Fernandes Teixeira**
Economist at the
European Commission

Moderation:

Andreas Unger
Freier Journalist

Dienstag
12. März 2019
19:00 Uhr

Win-win für alle — Unternehmerisch die Kluft überwinden

Christiane Laibach
Sprecherin der Geschäfts-
führung der DEG (Deutsche
Investitions- & Entwick-
lungsgesellschaft)

Prof. Jann Lay
Forschungsschwerpunkt-
leiter „Wachstum und
Entwicklung“, GIGA
German Institute of Global
and Area Studies

Carolin Silbernagl
Vorstand von
betterplace.org

Moderation:

Caspar Busse
Süddeutsche Zeitung

Donnerstag
04. April 2019
19:00 Uhr

**Riesterflop, Hartz 4 und
Kinderarmut —
Wohin steuert Deutschland?
Wohin treibt die EU?**

Dr. Robert Habeck
Bundesvorsitzender von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kristina Vaillant
Journalistin und
Buchautorin

Donnerstag
09. Mai 2019
19:00 Uhr

**Arm in der reichen Stadt —
„Über“-Leben in München**

Karin Lohr
Geschäftsführerin BISS e.V.
München

Dieter Reiter
Oberbürgermeister von
München

Prof. Sophie Wolfrum
Urbanistin und emeritierte
Professorin für Städtebau
und Regionalplanung an der
TU München

Moderation:

Alexander Hagelüken
Süddeutsche Zeitung

Moderation:

Nina Bovensiepen
Süddeutsche Zeitung

© 2019

Münchener Rück Stiftung
Königinstraße 107
80802 München

Telefon +49 (0) 89/38 91-88 88
Telefax +49 (0) 89/38 91-7 88 88
info@munichre-foundation.org
www.munichre-foundation.org

Briefe: 80791 München

Bestellnummer
302-09171

Redaktion
Martina Mayerhofer,
Christian Barthelt,
Thomas Loster,
Oliver Klinkhammer
Münchener Rück Stiftung
Andreas Schuck, München

Gestaltung
Keller Maurer Design, München

Bildnachweis
Oliver Jung, München
Seiten 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16,
18, 20

Quellen
Bundeszentrale für politische
Bildung.
TinyURL: tinyurl.com/y6spf6w9
Seite 3

Caritas Schweiz.
TinyURL: tinyurl.com/y56gjush
Seite 5

Die Volkswirtschaft (2017).
TinyURL: tinyurl.com/y6hkrxjw
Seite 7

Statista (2017).
TinyURL: tinyurl.com/yxsok8lk
Seite 9

Statista (2017).
TinyURL: tinyurl.com/y5dmvtun
Seite 11

Wirtschafts- und Sozialwissen-
schaftliches Institut der Hans-
Böckler-Stiftung (2017).
URL: boeckler.de/112216.htm
Seite 13

Statista (2018).
TinyURL: tinyurl.com/y63munqb
Seite 15

Bericht zur weltweiten Ungleich-
heit 2018, World Inequality Lab,
Kurzfassung, S. 5
Seite 17

Katapult Magazin (2015).
TinyURL: tinyurl.com/y5e8l9p7
Seite 19

Eigene Darstellung basierend
auf letsnurture.com/blog
Seite 21

Abrufdatum der verwendeten
Webseiten: August 2019

Münchener Rück Stiftung
Königinstraße 107
80802 München

Telefon +49 (0)89/38 91-88 88
Telefax +49 (0)89/38 91-7 88 88
info@munichre-foundation.org
www.munichre-foundation.org

Briefe: 80791 München